

Howard, Marc Morjé (2003): The Weakness of Civil Society in Post-Communist Europe. Cambridge: Cambridge University Press, 206 Seiten, ISBN: 0-52101-152-3, ca. 23 €.

Die Transformation der postsozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas ist 13 Jahre nach der samtene Revolution von 1989/90 rasant vorangeschritten. Demokratische Verfassungen wurden verabschiedet, politische Institutionen erneuert, marktwirtschaftliche Strukturen implementiert und Rechtssysteme ausgetauscht. Im Gegensatz hierzu steht die Entwicklung der Zivilgesellschaften in den Ländern dieser Region. Nach anfänglicher Euphorie befindet sich das bürgerschaftliche Engagement in freiwilligen Assoziationen jedweder Art auf dem Rückzug. Die Zahl der Mitgliedschaften in Vereinen, kirchlichen Organisationen, Umweltgruppen, Bürgerbewegungen, Parteien und Gewerkschaften geht leicht zurück oder stagniert auf einem niedrigen Niveau, das im Regionalvergleich deutlich unter dem der alten Demokratien Westeuropas, aber auch unter dem der postautoritären Demokratien Südeuropas, Lateinamerikas und Südostasiens liegt. Diese Entwicklung muss als bedenklich für die weitere demokratische Konsolidierung postsozialistischer Gesellschaften eingestuft werden, sind es doch diese freiwilligen Assoziationen, denen gemeinhin das Potenzial zugesprochen wird, demokratisches Verhalten einzuüben, politische Eliten zu rekrutieren und zu sozialisieren, außerparlamentarische Opposition auszuüben sowie soziales Kapital im Sinne Putnams zu generieren, das als Bedingung vitaler Demokratien betrachtet wird.

Marc Morjé Howard hat es sich mit der vorliegenden Arbeit zum Ziel gesetzt, der Frage auf den Grund zu gehen, warum die Partizipation in zivilgesellschaftlichen Vereinigungen in den postsozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas im Vergleich zu anderen Demokratien deutlich zurücksteht. Dazu wendet der Autor einen Mix von quantitativen und qualitativen Methoden an und teilt seine Arbeit in vier Abschnitte ein.

In einem ersten Teil führt Howard überblicksartig in die Debatte um die Rolle der Zivilgesellschaft im Transformationsprozess ein und diskutiert die Funktionen zivilgesellschaftlichen Engagements vor, während und nach dem Systemwechsel und verdeutlicht dabei die sehr unterschiedlichen Aufgaben, die der Zivilgesellschaft in demokratischen und autoritären politischen Systemen von der Demokratietheorie zugewiesen werden.

In einem zweiten Teil seines Bandes führt Howard dann einen umfangreichen Ländervergleich hinsichtlich der Mitgliedschaften in freiwilligen Vereinigungen durch und testet, inwieweit ausgewählte Variablen mit dem Grad an institutionell gebundenem Engagement in Assoziationen korrelieren. Als Datengrundlage dienen ihm dabei die Resultate des World Value Surveys, die zwischen 1995 und 1997 erhoben wurden und u.a. umfangreiche Informationen über die freiwillige Betätigung in zivilgesellschaftlichen Vereinigungen in über 50 Staaten bereitstellen. Als Variablen testet Howard jene Erklärungsansätze, die in der Literatur häufig für die Ausprägung zivilgesellschaftlicher Betätigung in Assoziationen herangezogen werden, darunter der Wohlstand einer Gesellschaft (gemessen im Pro-Kopf-Einkommen), die Gewährung politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten durch den Staat, der Fernsehkonsum und der Bildungsgrad der Bürgerinnen und Bürger.

Die Ergebnisse sind überraschend eindeutig: Während für einige Variablen, denen gemeinhin eine große Bedeutung für die Zahl der Mitgliedschaften in Assoziationen zugesprochen wird, im Ländervergleich keine oder nur eine vergleichsweise geringe Bedeutung nachgewiesen werden kann, bestätigt die Regressionsanalyse „that – when controlling for other country-level economic, political, „civilizational“, and temporal factors, as well as for a host of individual-level variables – a country’s prior communist experience has a very strong negative impact on the organizational membership of its citizens today“ (S. 90).

Doch warum ist das so? Zur Beantwortung der Frage führt Howard in den Post-Communist Organizational Membership Study Survey (PCOMS) ein, im Rahmen dessen 1999 eine repräsentative Telefonumfrage zur Mitgliedschaft in freiwilligen Vereinigungen durchgeführt wurde. Die Vergleichsstudie erfasste Russland sowie Ost- und Westdeutschland und ergab für Ostdeutschland und Russland sehr ähnliche Ergebnisse, aus denen Howard drei Hypothesen zur Erklärung der sehr geringen Partizipation in freiwilligen Vereinigungen in den postsozialistischen Staaten ableitet.

Demnach ist der erste Grund für die niedrigen Mitgliederzahlen die extreme Abneigung postsozialistischer Bevölkerungen gegen jedwede Art von Bindungen an Assoziationen. Diese werden, obwohl heute keinerlei Zwang zur Partizipation besteht, offenbar noch immer mit den ideologischen Vorfeldorganisationen verbunden, die den sozialistischen Alltag prägten und sich durch eine mehr oder minder starke Partizipationspflicht auszeichneten und deshalb heute vehement abgelehnt werden. Sozialistisch geprägte Menschen stehen – so Howard – der persönlichen Bindung und der Einordnung in organisatorische Hierarchien überaus ablehnend gegenüber und sehen Organisationen nicht als Vereinigungen an, von denen sie profitieren können. Als Ersatz für zivilgesellschaftliche Vereinigungen dienen statt dessen private Freundschaftsnetzwerke, die in Zeiten des Sozialismus entstanden sind und sich bis heute als persistent erweisen. Howard führt aus, dass es insbesondere die Freundschaftsbeziehungen und die Familie gewesen sind, die für den Menschen im Sozialismus vergleichbare Bedeutung wie Vereine in demokratischen Systemen einnahmen. So konnte hier frei gesprochen werden, und die Netzwerke wurden häufig auch als informelle Beziehungen wirtschaftlich genutzt. Viele dieser Freundschaften haben bis heute überdauert, und es leuchtet den Menschen deshalb nicht ein, weshalb sie sich in freiwilligen Assoziationen zusammenschließen sollten, wenn ihrer Netzwerke ähnliche Funktionen erfüllen können. Schließlich führt Howard die große Enttäuschung zahlreicher Bürgerinnen und Bürger von den Errungenschaften der demokratischen Wende als Grund für die geringe Ausprägung von Mitgliedschaften ins Feld. Viele Menschen haben hohe Erwartungen an ein demokratisches System gerichtet und sind aufgrund ihrer Enttäuschung heute nicht bereit, sich in freiwilligen Vereinigungen zu engagieren, die als Bestandteile des neuen demokratischen Systems betrachtet werden.

Um seine Hypothesen zu überprüfen, führte Howard in Ostdeutschland und Russland jeweils 30 Tiefeninterviews mit gewöhnlichen Bürgerinnen und Bürgern durch, die er im dritten Teil seiner Studie anhand vieler Originalzitate darstellt und interpretiert. Dabei gelingt es ihm, in schlüssiger und anschaulicher Form die genannten Erklärungsmuster, nämlich persistente Freundschaftsnetzwerke, Systementtäuschung und Skepsis gegenüber Assoziationen – sowohl in Ostdeutschland als auch in Russland in sehr ähnlicher Art und Weise nachzuweisen. Zwar ergeben sich im Ländervergleich bisweilen unterschiedliche Aussagen der Interviewten, etwa: „The East German respondents tend to show more anger and resentment toward the old communist organizations, whereas the Russians display a more general view of organizations as unnecessary, useless and sometime distasteful“ (S. 127). Dennoch scheinen die ähnlichen Ergebnisse für die doch sehr verschiedenen Länder Ostdeutschland und Russland Howards Begründung für die vergleichsweise geringe Einbindung postsozialistischer Bevölkerungen in zivilgesellschaftliche Organisationen für den postsozialistischen Raum Mittel- und Osteuropas verallgemeinerbar zu bestätigen.

Interessantes Nebenergebnis Howards Interviews ist die Feststellung, dass eine geringe Zahl an Mitgliedschaften in institutionalisierten Vereinigungen offenbar kein Hinweis auf geringes zivilgesellschaftliches Engagement des Einzelnen ist. Im Gegenteil: Nahezu alle Befragten zeigten im Rahmen der Interviews hohes Engagement und Interesse am politischen Geschehen.

Howard kommt deshalb in seiner Konklusion zu dem Ergebnis, in Mittel- und Osteuropa entwickle sich gegenwärtig anstelle einer Zivilgesellschaft eine Art „civil Privatism“ (S.

153), die sich seiner Ansicht nach als kennzeichnend für postsozialistische Gesellschaften der nächsten Jahrzehnte erweisen wird. Diese Privatheit trage zwar durchaus Elemente, die von großer Bedeutung für die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften seien, sie könne jedoch nicht als funktionales Äquivalent für eine vitale Zivilgesellschaft dienen. Nur zivilgesellschaftliche Organisationen würden das Potential in sich bergen, „civic skills“ (S. 146) zu vermitteln, und nur sie seien „a source of considerable popular leverage“ (S. 151) und damit in der Lage, Entscheidungen der in Mittel- und Osteuropa zunehmend korrupt agierenden Eliten des politischen Systems wirkungsvoll zu kontrollieren und zu beeinflussen.

Howard erwartet in seinem Ausblick trotzdem kein baldiges Zusammenbrechen der jungen postsozialistischen Demokratien in Mittel- und Osteuropa, plädiert aber dennoch für ein Aufrechterhalten und eine Effizienzsteigerung zivilgesellschaftlicher Außenstützung durch westliche Förderorganisationen sowie gezielte politische Maßnahmen in den einzelnen Staaten zur Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements, die sich insbesondere an junge Menschen richten sollten, die keine Lebenserfahrung im Sozialismus gesammelt haben und deshalb einfacher für institutionalisierte Formen zivilgesellschaftlichen Engagements zu gewinnen seien. Gelingt dies, sei es durchaus möglich, den Grad an Partizipation in zivilgesellschaftlichen Vereinigungen mittel- bis langfristig zu steigern.

Marc Morjé Howard hat mit seiner Studie eine sehr systematische, sehr schlüssige und sehr gut zu lesende Arbeit zum Verständnis postsozialistischer Gesellschaften vorgelegt. Für Studierende und Wissenschaftler, die sich mit dem Transformationsprozess Mittel- und Osteuropas beschäftigen, ist sie eine Bereicherung. Gleiches gilt für Fördereinrichtungen, die in den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen im Osten Europas investieren.

Matthias Freise